

Schienengüterverkehr: „Die Gas-Lkw-Förderung ist das falsche Signal“

Die EVG hat die weitere Benachteiligung des Schienengüterverkehrs kritisiert. Hintergrund: mit Gas angetriebene Fahrzeuge sollen bis zum 31. Dezember 2023 von den Straßengebühren in Deutschland befreit bleiben. Das hat der Verkehrsausschuss des Bundestags am Mittwoch beschlossen.



Mit der weiteren Förderung von Gasfahrzeugen werde das Ziel der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene konterkariert, zeigt sich EVG-Vize Martin Burkert überzeugt: „Der Straße wird mit der im Verkehrsausschuss beschlossenen Mautbefreiung für Gasfahrzeuge eine Übersubventionierung zuteil. Denn zusätzlich zur Mautbefreiung profitieren Gas-Lkw in Deutschland von Kaufprämien. Diesen doppelten Wettbewerbsnachteil kann der Schienengüterverkehr niemals aufholen.“

Was der Schienengüterverkehr jetzt dringend braucht, ist staatliche Unterstützung. Was er bekommt: weitere erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber der Straße!

Damit ist klar: Die Bundesregierung konterkariert damit ihr Ziel, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Zur Verdeutlichung: Die Subventionierung des Gas LKWs ist pro Tonne Co2 40mal teurer als eine Förderung des kombinierten Verkehrs.

„Wir brauchen verlässliche Lieferketten, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Während sich billige Lkw-Transporte hierfür als ungeeignet erweisen, fahren Güterzüge grenzübergreifend schnell, zuverlässig und ökologisch nachhaltig. Die Gas-Lkw-Förderung ist das falsche Signal - heute mehr denn je“, so der stellvertretende EVG-Vorsitzende Martin Burkert.